



Brüssel, den 27. Februar 2015
(OR. en)

6637/15

COPEN 66
EUROJUST 58
EJN 25

VERMERK

Absender:	Ivan Rogers, Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der Europäischen Union
vom	20. Februar 2015
Empfänger:	Rafael Fernández-Pita y González, Generaldirektor, Rat der Europäischen Union

Betr.:	Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen – Notifikation des Vereinigten Königreichs
--------	--

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

hiermit teile ich Ihnen mit, dass das Vereinigte Königreich folgende Erklärungen zum Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates bezüglich der gegenseitigen Anerkennung von Einziehungsentscheidungen abgegeben hat. Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Umsetzung dieser Maßnahme im Vereinigten Königreich datieren vom 3. Dezember 2014.

Die folgenden Erklärungen sind im Hinblick auf eine umfassende und effiziente Nutzung des Rahmenbeschlusses im innerstaatlichen Recht des Vereinigten Königreichs abgegeben worden.

Das VK begrüßt den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung durch Mitgliedstaaten zwecks Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und setzt ihn um; dies stellt eine Ergänzung des innerstaatlichen Rechts des VK zur Vermögensabschöpfung und der Einziehung von Vermögenswerten – dem Gesetz über Erträge aus Straftaten aus dem Jahr 2002 (Proceeds of Crime Act 2002) – dar.

Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates

In Bezug auf Artikel 3 des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates kann jeder Staatsanwalt im VK Entscheidungen der Gerichte des Vereinigten Königreichs übermitteln, die Vermögensgegenstände in anderen Mitgliedstaaten betreffen. Für von den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Vermögensgegenständen im Vereinigten Königreich getroffene Entscheidungen sind die folgenden Behörden zuständig:

Für England und Wales:

Crown Prosecution Service

Proceeds of Crime

Rose Court

2 Southwark Bridge

London

SE1 9HS

oder

Serious Fraud Office

Proceeds of Crime

Serious Fraud Office

2-4 Cockspur Street

London

SW1Y 5BS

Für Nordirland:

Public Prosecution Service for Northern Ireland

High Court & International Section

Belfast Chambers

93 Chichester Street

Belfast

BT1 3JR

oder
Serious Fraud Office
Proceeds of Crime
Serious Fraud Office
2-4 Cockspur Street
London
SW1Y 5BS

Für Schottland:

International Co-operation Unit
Crown Office
25 Chambers Street
Edinburgh
EH1 1LA
Tel: +44 (0)131 243 8152
Fax: +44 (0)131 243 8153
E-Mail: coicu@copfs.gsi.gov.uk

Wir betonen, dass die Befugnis und die Verantwortung für die Ausstellung und Anerkennung von Einziehungsentscheidungen beim Gericht des Vereinigten Königreichs liegen.

Gemäß Artikel 19 Absatz 2 akzeptiert das Vereinigte Königreich nur Entscheidungen, Bescheinigungen und andere zweckdienliche Unterlagen, die in englischer Sprache abgefasst sind (oder denen eine beglaubigte Übersetzung ins Englische beiliegt).

Wir betonen, dass die Befugnis und die Verantwortung für die Ausstellung und Anerkennung von Sicherstellungsentscheidungen beim Gericht des Vereinigten Königreichs liegen.

Für weitere Informationen zu einer der oben angeführten Erklärungen steht Ihnen Stephen Goadby vom Ministerium des Innern zur Verfügung: stephen.goadby@homeoffice.gsi.gov.uk,
Tel.: +44 (0)20 7035 1559.

(Schlussformel)

(gez.) Ivan Rogers
